

Wolfgang Vorkamp

### Integration – ja, aber wie?

*Das Thema Integration wird oftmals eindimensional aus dem Blickwinkel der religiösen Zugehörigkeit betrachtet. Aber die Integration von Migranten und Herkunftsdeutschen ist keine Frage der Religion, sondern der Teilhabe.*

#### Wolfgang Vorkamp

(\* 1954) ist Sozialwissenschaftler, lebt und arbeitet in Berlin. Seine Schwerpunkte: Integration und Partizipation in heterogenen Gesellschaften. Letzte Buchveröffentlichung: *Integration durch Teilhabe* (2008) bei Campus.

[kontakt@wolfgang-vorkamp.de](mailto:kontakt@wolfgang-vorkamp.de)



Viel wird geredet über die Integration von Migranten, aber kaum einer sagt, was gemeint ist oder wer eigentlich in was integriert werden soll. Problematisiert wird vor allem die Integration von Menschen muslimischen Glaubens. Das betrifft nur etwa ein Viertel der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Die Muslime in Deutschland (insgesamt gut vier Millionen oder 5 % der Bevölkerung) sollen sich integrieren – aber in was? In die jüdisch-christlich-abendländische Kultur? In die rechtsstaatliche bundesrepublikanische Gesellschaft? In die deutsche Leitkultur? Oder in den Arbeitsmarkt und in die Sprachgemeinschaft?

Betrachtet man die Integrationsdebatte über den Sarrazinschen Skandal-Horizont hinaus, dann ist Integration ein Problem nicht nur im Fall von Menschen muslimischen Glaubens, sondern es betrifft alle Menschen mit Migrationshintergrund und es betrifft zunehmend ebenso die herkunftsdeutsche Bevölkerung. Im letzteren Fall verläuft die Debatte allerdings unter umgekehrten Vorzeichen: als Desintegra-

tion, als Verlust einer vormaligen Integration. Hier wird Politik- und Staatsverdrossenheit, der Verlust von Vertrauen, Werten, Rechtsbewusstsein und Moral und der Verfall der Ethik ebenso thematisiert, wie die zunehmend soziale und ökonomische Ausgrenzung eines größer werdenden Teils der Bevölkerung – kurz, hier geht es um die Frage nach der gemeinsamen Identität der Deutschen.

Es sind so zwei unterschiedliche Integrationsprozesse, mit denen wir konfrontiert sind. Im Falle der Herkunftsdeutschen lautet die Gegenüberstellung Integration – Desintegration, beschreibt also eine Verfallsproblematik. Bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat man es mit Integration in der Folge von Zuwanderung zu tun, also mit einer Pluralisierung oder Differenzierung der Gesellschaft, die durch die Einbindung neuer Teile in ein komplexeres Ganzes entsteht. In beiden Fällen ist Integration in heterogenen Gesellschaften kein einmaliger Vorgang, sondern Integration ist immer ein permanenter Prozess.

Während sich gegenwärtig ein Teil der herkunftsdeutschen Bevölkerung zunehmend desintegriert, sich bestehenden Normen und Werten entbindet, fordern wir zugleich von den Migranten, dass sie sich in diese Gesellschaft und ihr Wertesystem integrieren. Was die einen nicht mehr zu binden vermag, soll integrative Kraft für andere haben – das ist paradox.

Was, so lautet die zentrale Frage, ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, was kennzeichnet die deutsche Gesellschaft als identitätstiftende Gemeinschaft, in die Menschen deutscher Herkunft, und Menschen mit Migrationshintergrund gleichermaßen permanent und stabil integriert werden können.

Die Integrationsproblematik bietet einen Anlass und sollte als Möglichkeit genutzt werden, die gemeinsame Identität einer kulturell pluralen, multiethnischen Gesellschaft zu thematisieren.

### **Eine Frage der Zugehörigkeit**

Die Mechanismen der Integration sind bei Herkunftsdeutschen und bei Menschen mit Migrationshintergrund im wesentlichen die selben. Integration erfordert Teilhabe – im ganz wörtlichen Sinn. Man muss etwas teilen: in der Vergangenheit, in der Gegenwart oder in der Zukunft. Es bedarf geteilter Erfahrungen und Aktivitäten, geteilter Ziele, Vorstellungen und Ideen, um zusammen zu gehören. Integration ist nur in den Bereichen möglich, in denen Teilhabe gewährt wird.

Teilhabe ist auf dem Arbeitsmarkt möglich oder an der Sprachgemeinschaft, auch die Staatszugehörigkeit stellt eine Form der Teilhabe dar. Solche Teilhabe ermöglicht die Integration in den Arbeitsmarkt, in die Sprachgemeinschaft oder in den Nationalstaat. Hier handelt es sich aber lediglich um funktionale Integration, die aus alltagspraktischer Notwendigkeit entsteht und in gewisser Hinsicht passiv und ohne innere, affektive Beteiligung möglich ist. Solche Zugehörigkeit lässt sich von außen feststellen, sie bedarf keiner inneren Zustimmung oder Beteiligung der Akteure. Selbst eine kritische, negative oder gar ablehnende Haltung, beispielsweise gegenüber den Mechanismen kapitalistischer Arbeitsmärkte, verhindert nicht die Teilhabe am und die Integration in den Arbeitsmarkt. Eine solche

funktionale Integration überträgt sich nicht automatisch auf andere gesellschaftliche Bereiche.

Die affektive Integration hingegen beschreibt eine innere Verbundenheit und gefühlsmäßige Zugehörigkeit. Fühlt man sich persönlich betroffen, weil jemand eine diskriminierende Äußerung gegenüber Deutschland gemacht hat, dann ist das ein Affekt, der aufgrund affektiver Integration entsteht, der gefühlsmäßigen Verbundenheit mit dem Ganzen. Die affektive Integration ist daher auch maßgeblich für die eigene Identität. Und dafür braucht es Zustimmung und Identifikation mit gemeinsamen Zielen und Werten. Und mehr noch: Man muss das Gemeinsame schätzen. Man identifiziert sich nicht mit Dingen und Werten die man nicht schätzt.

Funktionale Integration kann gefordert und in gewissen Grenzen erzwungen werden, sie ersetzt aber nicht die affektive Integration. Gegenwärtig wird von Migranten vor allem Sprachkompetenz und Engagement am Arbeitsmarkt gefordert, also eine bessere funktionale Integration. Eine stabile Integration fordert aber darüber hinaus eine subjektive Identifikation mit dem jeweiligen Ganzen und das Gefühl der Zugehörigkeit.

Im Unterschied zur Assimilation, der *individuellen* Anpassung an die bestehenden Umgebungsbedingungen, ist Integration immer ein *institutioneller* oder kollektiver Prozess. Ein Einzelner kann sich nicht integrieren unabhängig von der Gruppe, in der er lebt und in die er integriert werden soll. Wenn die Gemeinschaft die Integration verweigert, ist der Einzelne machtlos – beispielsweise im Falle der Juden in Deutschland am Beginn des letzten Jahrhunderts.

Fehlende Teilhabe an der Mehrheitskultur führt zu Parallelgesellschaften und Ghettoisierung, in denen die Ausgegrenzten ihre spezifische Gruppenkultur und -tradition pflegen. Solche in sich geschlossenen Lebenskulturen assimilieren sich nicht, sie gleichen sich nicht der Kultur und Lebens-

weise ihrer Umgebung an. Eine Anpassung nach außen findet aufgrund der Binnenintegration in die eigene Kultur nicht statt. Der Alltag erzwingt keine Teilhabe und keine Integration in die umgebende Gesellschaft. Es entsteht eine neue Abgrenzungsidentität, häufig mit Bezug auf Religion oder Herkunft, die es vorher so nicht gab.

Zwang und Druck zur Integration und Assimilation auf separierte Gruppen wirken dann kontraproduktiv – weil sie die Integration in die Gemeinschaft der Ausgegrenzten befördern und das Gegenteil von dem bewirken, was sie erreichen wollen.

*Assimilation* – die oftmals unter dem Begriff der Integration von den Migranten gefordert wird – ist so nicht möglich. *Funktionale Integration* ist weitgehend abhängig von den Bedingungen der aufnehmenden Gesellschaft, hat aber in ihrem beschränkten Rahmen Aussicht auf Erfolg. Die wesentlichen Probleme der Integration liegen aber im Bereich *affektiver Integration*: fehlende Identifikation mit dem Wertesystem der bundesdeutschen Gesellschaft, kaum reziproke Erfahrungen der Zugehörigkeit, Ausweichen in andere Werte- und Glaubenssysteme, Religionen und Identitäten. Auch bei den Herkunftsdeutschen zeigt sich die Desintegration vor allem bei der affektiven Integration, also bei der Einbindung in die Wertegemeinschaft und bei der kollektiven Identität.

### **Die Integration von Herkunftsdeutschen**

Die Integration der herkunftsdeutschen Mehrheit in das bundesrepublikanische Nachkriegs- und Nachwende-Deutschland erfolgte vor allem durch funktionale Integration und war in West-Deutschland wie in Ost-Deutschland ökonomisch begründet. Man identifizierte sich mit der Gesellschaft und legitimierte die politisch-gesellschaftliche Ordnung über die Teilhabe am zu erwartenden Wohlstand. An Teil-

habe und Mitgestaltung gesellschaftlicher Strukturen war nach der Erfahrung des Nationalsozialismus im Land der Täter und Mitläufer in der von den Westmächten verordneten Demokratie vorerst nicht zu denken. Die ökonomischen Probleme des Wiederaufbaus und die Gestaltung einer neuen Wirtschaftsordnung hatten Priorität.

Auch die Bürger der DDR waren überwiegend über den ökonomischen Wohlstand bzw. über die Versprechungen ökonomischen Wohlstands in der Zukunft integriert. Die DDR nahm im Ostblock eine führende ökonomische Stellung ein und die ersten Fünfjahrespläne zielten darauf, den Wohlstand der westdeutschen Gesellschaft zu überholen. Nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Ökonomie und der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik Deutschland erfolgte die Integration der Bürger der DDR in die Bundesrepublik abermals durch das Versprechen »blühender Landschaften« und mithin eines ökonomischen Wohlstands für Alle.

So waren und sind die Herkunftsdutschen weitgehend funktional integriert. Sie sind – weil hier aufgewachsen – irgendwie integriert, mit der Gesellschaft, ihrer Geschichte und irgendwelchen tradierten Werten verwachsen. Die affektive Integration und die kollektive Identität gründen auf implizit »immer« schon gegebenen Werten und Normen, die aber zunehmend an Bedeutung und Gültigkeit verlieren und nicht reproduzierbar sind. Diese Integration durch passive Zustimmung und weitgehend ohne Teilhabe bleibt schwach. Eine Krise der Ökonomie bedingt so eine Krise der Integration und der eigenen Identität. Was folgt ist Politik- und Staatsverdrossenheit, Rechtspopulismus und Desintegration.

### **Die Integration von Migranten**

Die Migrantinnen und Migranten in Deutschland sind nur in den wenigsten

Fällen in ein ihnen fremdes Land immigriert, weil sie ihre Kultur, Lebensweise und ihre Normen, Werte und Glaubensüberzeugungen aufgeben wollten. Im Gegenteil, in der großen Mehrzahl gehen Auswanderer in ein anderes Land, weil sie in ihrer Heimat keine ökonomische Grundlage finden oder weil sie politisch oder religiös in ihrem Land diskriminiert oder verfolgt werden. Sie suchen keine neue Kultur oder Lebensweise; sie suchen zumeist vielmehr ökonomische Bedingungen unter denen sie ihre eigene Herkunftskultur und Lebensweise verwirklichen können.

Obwohl die Migranten normalerweise nicht nach Deutschland kommen, weil sie die deutsche Kultur und Lebensweise mehr schätzen als die eigene, unterliegt ihrer Migration eine implizite Wertschätzung der Kultur und Lebensweise des Einwanderungslandes. Die zugewanderten Migranten gehen davon aus, dass sie im Einwanderungsland ihre Kultur, Religion oder ihre politischen Überzeugungen praktizieren können und ein wirtschaftliches Auskommen finden.

Seit den Erfahrungen der US-amerikanischen Einwanderungsgesellschaft ist bekannt, dass die affektive Integration der Einwanderergeneration kaum möglich ist. Die positive Identifikation mit einem anderen sozialen, politischen und kulturellen Gemeinwesen stellt einen Wandel der eigenen Identität dar, der ausgesprochen schwierig ist. Bei der Einwanderergeneration muss daher die erfolgreiche funktionale Integration in den Arbeitsmarkt und in die Sprachgemeinschaft als Integrationsziel gelten – wenn der Arbeitsmarkt entsprechende Ressourcen anbietet. Eine weitergehende Integration erfolgt dann erst bei folgenden Generationen, die im Einwanderungsland geboren sind. Diese Integration bedeutet aber zugleich immer auch eine Entfremdung der Kinder von ihren Eltern.

Wenn allerdings, wie gegenwärtig in Deutschland, die zweite und dritte im Einwanderungsland der Vorfahren geborene

Generation nicht in die deutsche Gesellschaft integriert ist und ihre Identität an der Lebensweise und Kultur ihrer Eltern und Großeltern ausbildet, dann läuft etwas falsch im Einwanderungsland.

### **Religionen integrieren nicht**

Sind die Möglichkeiten der Integration über die Teilhabe am ökonomischen Wohlstand verstellt, werden verstärkt Abgrenzungsidentitäten gebildet. Das »Wir« wird explizit in Abgrenzung gegen das Andere in Stellung gebracht.

Die Argumente der gegenwärtigen Integrationsdebatte kreisen fast ausnahmslos um religiöse Zugehörigkeiten. Zunächst ge-

schiebt dies nicht in Bezug auf unsere Wir-Identität als Religionsgemeinschaft. Wir leben in einer säkularen Gesellschaft. Religiosität bildet nicht das Zentrum unseres Wir-Gefühls, wir verstehen uns nicht im Wesentlichen als Gemeinschaft der Christen. Erst die Benennung und Beschreibung der Anderen, der Migranten, als Muslime, wirkt auf unsere eigene Identität zurück. Es folgt eine Gegenüberstellung – hier: jüdisch-christlich aufgeklärte Kultur – da: muslimisch traditionelle rückständige Kultur, die zurückgeführt wird auf die Frontstellung: Christentum – Islam. Die Probleme unterschiedlicher Lebensweisen und Kulturen werden zu Problemen religiöser Glaubenssysteme stilisiert. Diese Beschränkung der Diskussion um die Integration von Migranten auf die Religion provoziert einen nicht lösbaren Konflikt.

Bei der Suche nach der eigenen west-/ostdeutschen integrationsstiftenden Gemeinschaftsidentität oder der Leitkultur wird die christlich-abendländische Tradition als Abgrenzungsideologie gegen den Islam benutzt. Vertreter christlicher Religionen und Parteien vagabundieren zur Zeit wie gebissene Wölfe im Schafspelz durch die bundesdeutsche Öffentlichkeit und bemühen sich, den Verlust der Bedeutung der christlichen Kirchen durch neue Feindbilder und religiöse Identitäten in der Entgegensetzung zum Islam zu begrenzen. Das ist politisch und gesellschaftlich gefährlich.

Religionen taugen nicht für die Integration anderer Kulturen. Weder die christliche noch die islamische Religion haben identitätsstiftende und integrative Kraft in einem heterogenen Gemeinwesen. Sie sind exklusiv – man gehört ihnen an oder man gehört ihnen nicht an. Sie binden nur nach innen und wirken daher nur in homogenen Gemeinschaften integrativ, nicht in heterogenen Gesellschaften. Das belegt auch der Befund einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die nachweist, dass Fremdenfeindlichkeit unter den Mit-

gliedern der christlichen Kirchen größer ist, als unter Nicht-Mitgliedern.

Ein modernes, heterogenes und demokratisches Gemeinwesen lässt sich nicht durch überkommene Werte und Normen von überkommenen religiösen Institutionen integrieren. Deren teils intolerante, hierarchische und antiquierte Werte und deren nicht demokratische Geschichte hat auch für die herkunftsdeutsche Bevölkerung kaum noch integrative Kraft. Die Lösung kann nicht in einer Re-Christianisierung oder einer Ent-Säkularisierung von Staat und Gesellschaft liegen, sondern genau im Gegenteil. In einer säkularen Gesellschaft gehört der Einfluss der Religionen auf den Staat und seine Institutionen reduziert. Eine moderne, plurale und demokratische Gesellschaft braucht andere Identitäten und andere Mittel der Integration als religiöse Glaubensbekenntnisse.

### **Wie ist Integration möglich?**

Weder für Herkunftssdeutsche, noch für Zugewanderte ist Integration ein beabsichtigtes Handlungsziel. Mehr noch, Integration ist durch das bloße Wollen Einzelner nicht zu erreichen. Integration ist vielmehr ein oftmals gewollter Nebeneffekt von Teilhabe, von gemeinsamen Handlungen, die einem anderen, konkreten Zweck dienen. Integration widerfährt einem durch gemeinsames Tun, man kann affektive Integration nicht erzeugen, man kann nur Räume und Bedingungen dafür schaffen.

Um Ost- wie West-Deutsche und Menschen mit Migrationshintergrund langfristig und stabil in die bundesdeutsche Gesellschaft funktional und affektiv zu integrieren, bedarf es einer gemeinsamen Selbstverständigung darüber, was wir sind oder sein wollen. Möglicherweise liegt darin bereits ein wesentlicher Schritt der Integration: eine gemeinsame Verständigung in

der Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen über die deutsche Identität. Die gemeinsame Gestaltung einer für alle gleichermaßen gültigen Verfassung nach Grundgesetz Artikel 146 würde allen die Gelegenheit zur Teilhabe und zur Identifikation bieten – eine Chance, die wir nach der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten verpasst haben und nicht nochmals verpassen sollten.

Teilhabe darf nicht von der vorhergehenden Integration abhängig gemacht werden, sondern Teilhabe muss im alltäglichen Handeln Mittel der Integration werden. Der Glaube einer Person darf kein Ausschlussgrund für Teilhabe sein. Wir sollten die Qualifikationen, die Fähigkeiten und Kompetenzen der Zugewanderten nutzen und nicht ausgrenzen. Schon deshalb, weil komplexe, heterogene Gesellschaften zur Lösung ihrer komplexen Probleme auf die Kompetenzen, Qualifikationen und die Teilhabe aller ihrer Mitglieder, gerade auch der aus anderen Kulturen, angewiesen sind.

Die Lösung der Integrationsproblematik kann nur in einer neuen partizipativen Gestaltung unserer Gesellschaft liegen. Nur wer die sozialen und gesellschaftlichen Lebensformen mitgestaltet, schätzt sie auch, fühlt sich als Teil von ihnen, identifiziert sich mit ihnen und ist integriert.

Gegenwärtig findet Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der konkreten politisch-gesellschaftlichen Gestaltung im Wesentlichen nach den politischen Entscheidungsprozessen durch Protestinterventionen statt, wie unter anderem in Stuttgart zu beobachten ist. Institutionelle Teilhabemöglichkeiten im Planungs- und Gestaltungsprozess bestehen kaum. Gesellschaftliche Teilhabe kann sich keineswegs auf die gegenwärtig oft beschriebenen – und häufig zu Recht kritisierten – Verfahren der Volksabstimmung beschränken. Vielmehr braucht es institutionalisierte Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen gesellschaftlichen, politischen und verwaltungs-

technischen Handelns und Planens. Es braucht institutionelle Verfahren, die Entscheidungsprozesse prinzipiell unter der Teilhabe von Bürgern ermöglichen und diese Teilhabe als Rechte und Pflichten in die Verfahrensabläufe vor der Entscheidung einbinden, wie dies beispielsweise im »Leipziger Dialog« entwickelt wird, in dem Bürgerbeteiligungen in die Verfahren der Verwaltung verbindlich integriert werden sollen.

In der Praxis vielfach erprobte Verfahren stehen für institutionelle Bürgerbeteiligungen zur Verfügung: Bürgerversammlungen, e-Partizipation, Planungszellen, Zukunftswerkstätten, Planspiele, Fokusgruppen, Runde Tische, Anwaltplanungen, FishBowls, etc. Alle diese Verfahren bieten unterschiedliche Qualitäten und Möglichkeiten auf verschiedenen Entscheidungsebenen. Die verbindliche, institutionelle Einbindung solcher Verfahren erlaubt so nicht nur die Teilhabe von Bürgern, sondern sie legitimiert die Ergebnisse der Verfahren in der Bevölkerung deutlich nachhaltiger als Entscheidungen politischer Repräsentanten und sie produzieren oftmals bessere Ergebnisse.

Anfang Dezember 2010 wurde in Berlin erstmals in einem Bundesland ein Gesetz zur Partizipation und Integration verabschiedet, das eine stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in allen öffentlichen Einrichtungen vorsieht. Natürlich kann kein Gesetz der Welt Integration erzwingen oder erzeugen. Aber es kann Strukturen und Institutionen schaffen, Räume für gesellschaftliche Partizipation bereitstellen, interkulturelle Öffnung befördern und damit Integration auf dem Weg der Teilhabe ermöglichen.

Verstehen wir also die Integrationsdebatte als eine Chance für die deutsche, wiedervereinigte, heterogene Gesellschaft, sich eine zeitadäquate, moderne, demokratische institutionelle Struktur zu geben – und das kann nur heißen: mehr Demokratie wagen, mehr Teilhabe ermöglichen.